

Wahlprüfsteine Aktion Tanz – Bundesverband Tanz in Bildung und Gesellschaft e.V.

Erstmals hat Aktion Tanz – Bundesverband Tanz in Bildung und Gesellschaft e.V. im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 Fragen in Form von Wahlprüfsteinen formuliert und an die Parteien SPD, CDU/CSU, Die Grünen, Die Linke und die FDP gesendet. Wir haben Schwerpunkte unserer Arbeit dargestellt und die Positionen der Parteien erfragt. Im Folgenden werden die eingegangenen Antworten zu den einzelnen Fragen aufgelistet.

Seit diesem Jahr (zur Bundestagswahl 2021) haben sich alle Parteien auf ein gleichgeschaltetes Prozedere zur Beantwortung von Wahlprüfsteinen geeinigt. Verbände dürfen bis zu 8 Fragen mit jeweils maximal 300 Zeichen stellen, daher musste u.a. auf das Gendern verzichtet werden.

1. Wie können durch das Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen die Tanzakteure auf Bundes- und Landesebene beim Ausbau ihrer Infrastruktur unterstützt werden, um diversen Bevölkerungsgruppen flächendeckend Zugang zu einem vielfältigen und bedarfsgerechten Tanzvermittlungsangebot zu eröffnen?

Antworten:

SPD:

Die SPD unterstützt Initiativen, die die Bund- und Ländertanzförderung besser koordinieren und stärken möchten. Wir werden uns etwa bei der Kulturministerkonferenz auch weiterhin dafür einsetzen. Darüber hinaus befinden wir uns auch auf parlamentarischer Ebene mit den Ländern in einem stetigen Austausch über Fragen der Weiterentwicklung der Kultur- und auch der Tanzförderung. (siehe auch Stellungnahme zur Frage 4)

Wir befürworten den vom Dachverband Tanz initiierten „Runden Tisch Tanzförderung“ oder den „Arbeitskreis Tanzförderung Stadt-Land-Bund“, die zu einer kooperativen Förderstruktur geführt haben. Dadurch wurden Verständigungsprozesse in Gang gesetzt, die zu so erfolgreichen Programmen wie bspw. „TANZPAKT Stadt-Land-Bund“ zur Exzellenzförderung im Tanz geführt haben.

Die Grünen:

Wir GRÜNE werden prüfen, inwiefern die bestehenden Programme des Bundes - Doppelpass, Tanzland, Tanzfonds Erbe, Tankongress, Nationales Performance Netz, Tanzpakt Stadt Land Bund Tanzplattform Deutschland - den Kriterien der Diversität gerecht werden und inwiefern sie dafür sorgen, dass die Tanzkultur auch in der Fläche angemessen präsent ist. Sollten wir dabei Nachbesserungsbedarf erkennen, werden wir uns entsprechend dafür einsetzen.

Die Linke:

Zunächst können Tanzakteur*innen beim infrastrukturellen Ausbau unterstützt werden, indem das Kooperationsverbot zwischen Bund, Ländern und Kommunen beendet wird. Hierfür wollen wir Kultur als Gemeinschaftsaufgabe und ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz, um den kooperativen Kulturföderalismus zu stärken. Länder und Kommunen müssen ausreichend Mittel erhalten, damit sie ihren Aufgaben in der Kulturpflege und Kulturförderung nachkommen und eine große Vielfalt der kulturellen Angebote im Bestand samt den notwendigen Investitionen dafür sichern können. Um Chancengleichheit, Inklusion und Vielfalt zu stärken, muss sich ein diversitätsorientierter Strukturwandel im Kulturbereich an macht- und diskriminierungskritischen Kriterien orientieren.

CDU/CSU: Die Beantwortung aller 8 Fragen wurde von der CDU/CSU en bloc vorgenommen. Die Gesamtantwort dieser Partei befindet sich unter Frage 8.

FDP:

Die Tanzvermittlung ist für uns ein Teil der kulturellen Bildung. Erst die kulturelle Bildung ermöglicht den Zugang zur Kultur für alle - unabhängig ihres Alters, sozialer oder kultureller Herkunft. Daher wollen wir zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich geförderter Kulturorganisationen in kulturelle Bildung investieren.

- 2. Wie können Angebote wie „Tanz in Schulen“ oder „Kultur macht stark“ bundesweit in Zusammenarbeit von Kultur- und Tanzeinrichtungen mit den Schulen vor Ort verankert und nachhaltig verstetigt werden, um das Lernen und die Gesamtentwicklung von Kindern und Jugendlichen wirksam zu unterstützen?**

Antworten:

SPD:

Die SPD setzt sich für starke öffentliche Bildungseinrichtungen ein und insbesondere für Ganztagschulen, die mehr Zeit und Raum für gemeinsames Lernen bieten können. Hierzu gehört auch die Projektförderung über den reinen Lehrplan hinaus. Wir wollen Räume für fächerübergreifenden Kompetenzerwerb und das Denken in Zusammenhängen öffnen. Gleichzeitig ist natürlich eine enge Verknüpfung der Ganztagsbetreuung und Schule mit Nachmittagsangeboten für Bewegung und Sport von essenzieller Bedeutung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Dafür setzen wir uns ein.

Die Grünen:

Wir GRÜNE sehen es als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden, kulturelle Angebote im Alltag von Kindern und jungen Menschen zu verankern. Dafür benötigt es im Bildungsbereich einer Kooperation aller Akteure. Wir setzen auf sozialräumlich ansetzende, vernetzte Konzepte, die schulische, sozial und kulturpädagogische Angebote von Anfang an aufeinander beziehen, um Teilhabe und Zugänge zu sichern. Das Programm „Kultur macht stark“ wollen wir über 2022 hinaus verlängern und den beteiligten Akteur*innen und Trägern frühzeitig Planungssicherheit geben, damit die niederschweligen, inklusiven und diversen Angebote der kulturellen Bildung weitergeführt und ausgebaut werden können. Wichtig ist uns dabei, die Schulen als wesentliche Lern- und Lebensorte junger Menschen zukünftig enger zu beteiligen und institutionell zu stärken. Angebote der kulturellen Bildung sollten in enger Kooperation mit externen Trägern fester Bestandteil des schulischen Ganztags werden.

Die Linke:

Außerunterrichtliche und außerschulische Bildungsangebote, die jede und jeder individuell nutzen kann, tragen zu Vielfalt der Bildungslandschaften bei. Damit sie ihre Funktion erfüllen können, müssen sie gleichermaßen für alle zugänglich sein. Musik-, Tanz- und Kunstschulen gehören ebenso dazu wie die zahlreichen Sportvereine und Vereine der kulturellen und politischen Jugendbildung. Damit diese für alle, die es wünschen, zugänglich sind, ist eine auskömmliche Finanzierung der meist kommunalen Einrichtungen und der oft durch ehrenamtliches Engagement getragenen Vereine und Verbände erforderlich. Wir wollen, dass das Bundesprogramm "Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung" über das Jahr 2022 in einer dritten Förderphase mit erhöhten Mitteln fortgeführt und verstetigt wird. Kulturelle Bildung sollte zum verpflichtenden Bestandteil der Lehrerbildung in Studium, Referendariat und Fortbildung werden. Bund und Länder sollten gemeinsam nach Lösungen zu suchen, damit die außerunterrichtlichen Angebote der kulturellen Bildung etwa in Form von Ganztagsbetreuung, Ganztagschul-AGs oder in Projektwochen realisiert werden können.

CDU/CSU: Die Beantwortung aller 8 Fragen wurde von der CDU/CSU en bloc vorgenommen. Die Gesamtantwort dieser Partei befindet sich unter Frage 8.

FDP:

Die Förderung der kulturellen Bildung ist für uns Freie Demokraten ein wichtiges Anliegen. Wir haben ein großes Interesse daran, Kultur- und Tanzeinrichtungen sowie generell außerschulischer Akteure und Initiativen in das Schulleben einzubinden. Für die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Initiativen vor Ort fordern wir Qualitätskriterien und Leitfäden.

Die sehr heterogenen Sozialräume und Schulträger, kommunalen Eigenheiten bei Infrastruktur, Angebot und Nachfrage und sehr spezifische Bedarfslagen lassen sich nur unzureichend über einen bundesweit einheitlichen Ansatz befriedigen. Deswegen sehen wir es als geboten, dass der Gestaltungsfreiraum vor Ort ausgedehnt, die vorhandenen Ressourcen genutzt und durch entsprechende Hilfestellungen der übergeordneten Ebenen, ganz im Sinne einer gelebten Subsidiarität, ergänzt werden. Außerdem wollen wir die Autonomie der Schulen stärken und den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben. Jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet. Schulen können so unkompliziert, die besten Angebote für ihre Schule auswählen. Für Schulen in freier Trägerschaft fordern wir gleichwertige Unterstützung. Wir werben für Schulfreiheitsgesetze in den Ländern, um den Schulen mehr Möglichkeiten zur Profilentwicklung zu geben. Im Rahmen der Schulautonomie könnten Projekte der kulturellen Bildung wie „Tanz in Schulen“ oder „Kultur macht stark“ fest im Angebot verankert werden.

- 3. Durch welche strukturellen Förder- und Unterstützungsmaßnahmen werden Sie den Tanz und seine Einrichtungen mit seinen tragenden Netzwerken krisenfest und nachhaltig stärken, damit diese und dieser weiterhin mit Kreativität und Innovationskraft in die Gesellschaft hineinwirken können?**

Antworten:

SPD:

Teilhabe an Kunst und Kultur ist ein Schlüssel zu Selbstbewusstsein, Persönlichkeitsentwicklung, Bildung und Integration. Kulturelle Bildung ist daher eine Querschnittsaufgabe zwischen Kulturpolitik, Jugendpolitik und Bildungspolitik. Wir wollen, dass der Bund sie auch in Zukunft mit Programmen wie „Kultur macht stark“ fördert. Es geht um die Sicherstellung von Verfügbarkeit kultureller Angebote als grundlegender und nachhaltiger Bestandteil von schulischer und außerschulischer Bildung; um deren hohe Qualität von Programmen und Projekten, deren Konzeption und Vermittlung. Kulturelle Bildung will mehr sein als nur Musik- und Kunstunterricht im Fächerkanon. Fächerübergreifend, projektorientiert und mit Blick auf die Schulentwicklung unterrichtet, entwickelt sie insbesondere für Kinder und Jugendliche großes Potenzial. Entlang der Ergebnisse der UNESCO-Weltkonferenzen mit einer "Lissabon Road Map" in 2006 und einer "Seoul Agenda" in 2010 sowie der "UNESCO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung" und der "UNESCO-Konvention zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen" sollen Prinzipien und Praktiken der kulturellen Bildung verstärkt dazu beitragen, die sozialen Aufgaben und kulturellen Herausforderungen zu bewältigen.

Die Grünen:

Planungssicherheit ist für die Kulturszene insgesamt und damit auch für die Tanzszene wichtig, also die langfristige und nachhaltige Förderung jenseits der „Projekteritis“. Außerdem ist eine bessere Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen hinsichtlich der Förderinstrumente notwendig (Stichwort „Förderdschungel“), hier hat der Bund eine Steuerungsfunktion. Wir GRÜNE fordern zudem Mindesthonorare für die Freie Szene, die in Förderrichtlinien für Projekte festgeschrieben werden müssen. In Jurys und Vergabegremien der Tanzszene sollten mehr Kreative vertreten sein.

Kooperationen der Freien Szene mit festen Häusern müssen weiter unterstützt und gestärkt werden. Die Künstlersozialkasse wollen wir stärken. Mit einem Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung wollen wir Kulturorte langfristig absichern. Außerdem wollen wir ein Investitionsprogramm auflegen, von dem auch die Tanzszene profitieren wird.

Die Linke:

Die Corona-Pandemie verstärkt im Kulturbereich Probleme, die schon seit längerem vorhanden sind: Kultur ist nicht ausreichend finanziert. Das Fördersystem wie auch ein Großteil der kulturellen Infrastruktur sind nicht auf Ausfall-Szenarien wie die aktuelle Pandemie ausgerichtet. Die Folgen können nicht aufgefangen werden. Im Gegenteil: Kultur findet häufig unter so prekären Bedingungen statt, dass jede Krise zur Existenzbedrohung wird. Befristete, niedrig vergütete Arbeitsverhältnisse und der hohe Anteil von Projektförderung lassen keine Rücklagenbildung zu und stellen sich als krisenanfällig heraus. Der Fokus der politischen Arbeit muss jetzt darauf liegen, Kultur und Kulturförderung zu erhalten und gleichzeitig für die Zukunft krisenfest zu gestalten. DIE LINKE. will deshalb Kulturförderung insgesamt nachhaltiger, prozesshafter, unbürokratischer und weniger projektorientiert gestalten. In diesem Sinne sind langfristige Stipendienprogramme sinnvoll, die eine Rücklagenbildung ermöglichen, wie auch die Weiterführung der Flexibilisierung des Zuwendungsrechts von Fördermitteln.

CDU/CSU: Die Beantwortung aller 8 Fragen wurde von der CDU/CSU en bloc vorgenommen. Die Gesamtantwort dieser Partei befindet sich unter Frage 8.

FDP:

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Erhöhung des Bundeshaushalts für die nationale und internationale Kulturförderung ein. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Für eine freie Entwicklung brauchen die Künste Förderung, weil sich gerade das Neue und Originelle oft jenseits der selbsttragenden Vermarktung findet. Wir wollen einen Anstieg der institutionellen Förderung zur Stärkung der Institutionen in ihrer Unabhängigkeit. Damit wird Deutschland seiner Rolle als Kulturnation gerecht. Diese Ambitionen dürfen nicht durch die Corona-Krise durchbrochen werden. Wir sehen die Stärke der Kunst- und Kulturszene für den Zusammenhalt und die Entwicklung unserer Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass diese Stärke erhalten bleibt.

- 4. Wie könnten Kooperationsprojekte oder ressortübergreifende Initiativen (Bildung, Kultur, Gesundheit, Soziales u.a.) die Arbeit der Tanzverbände unterstützen, um noch stärker und effektiver in die Breite in allen Regionen Deutschlands, in urbanen Ballungsräumen und in ländlichen Räumen zu wirken?**

Antworten:

SPD:

Unser Ziel ist es, bundespolitische Kultur-Initiativen besser mit den jeweiligen regionalen Gegebenheiten abzustimmen und nach Möglichkeit so eng zu verzahnen, dass Bund, Länder und Kommunen effektiv gemeinsam statt nebeneinander an der Stärkung der Kultur arbeiten. Wir wollen die kulturpolitischen Spitzengespräche zu einem bundesweiten Kulturplenum weiterentwickeln, in dem neben Kommunen, Ländern und Bund (BKM, AA) auch Kulturakteur*innen und -verbände sowie Vertreter*innen der Zivilgesellschaft vertreten sind. Hier soll ein „Zukunftsdialog Kultur“ organisiert werden, indem Herausforderungen strategisch bearbeitet werden. Wir wollen den Stellenwert der Kultur auch dadurch sichern, dass der/die Beauftragte für Kultur und Medien im Kanzleramt Ministerrang erhält.

Die Grünen:

Wir GRÜNE werden uns genau anschauen, inwiefern die bestehenden Programme des Bundes - Doppelpass, Tanzland, Tanzfonds Erbe, Tanzkongress, Nationales Performance Netz, Tanzpakt Stadt Land Bund Tanzplattform Deutschland - den in der Frage genannten Zielen gerecht werden und inwiefern sie dafür sorgen, dass die Tanzkultur auch in der Fläche angemessen präsent ist. Auch ob dabei mehr Kooperation zwischen unterschiedlichen Ministerien notwendig ist, werden wir prüfen. Denn Tanz ist ohne Frage eine Querschnittsaufgabe, die nicht allein in einem Ministerium angesiedelt sein sollte. Sollten wir dabei Nachbesserungsbedarf erkennen, werden wir uns entsprechend dafür einsetzen.

Die Linke:

Damit Kooperationsprojekte und ressortübergreifende Initiativen die Arbeit von Tanzverbänden unterstützen können, müssen die Akteur*innen der unterschiedlichen Ressorts zunächst einmal auf die vierseitigen Potenziale von Tanzvermittlung und Performance im Zusammenhang mit kultureller Bildung sensibilisiert werden. Herfür braucht es flächendeckend und kontinuierlich fachlichen Austausch.

CDU/CSU: Die Beantwortung aller 8 Fragen wurde von der CDU/CSU en bloc vorgenommen. Die Gesamtantwort dieser Partei befindet sich unter Frage 8.

FDP:

Die Stärkung von Kooperationsprojekten ist zu begrüßen. Die sehr heterogenen Sozialräume, kommunalen Eigenheiten bei Infrastruktur, Angebot und Nachfrage und sehr spezifische Bedarfslagen lassen sich allerdings nur unzureichend über einen bundesweit einheitlichen Ansatz befriedigen. Deswegen sehen wir es als geboten, dass der Gestaltungsfreiraum vor Ort ausgedehnt, die vorhandenen Ressourcen genutzt und durch entsprechende Hilfestellungen der übergeordneten Ebenen, ganz im Sinne einer gelebten Subsidiarität, ergänzt werden.

5. Welchen Stellenwert haben partizipative Tanzkunst-Projekte und die auf dem Gebiet der Kulturellen Bildung praktizierten Methoden und Angebotsformate der Tanzvermittlung bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie und für die Gestaltung einer kulturell vielfältigen und gesunden Lebenswelt?

Antworten:

SPD:

Viele Fragen, die uns gesellschaftlich derzeit bewegen, sind im Kern kulturelle Fragen. Kulturpolitik ist für uns daher Gesellschaftspolitik. Sie nimmt Kunst und Kultur als gesellschaftliche und ästhetische Arbeit am Sinn unseres Zusammenlebens ernst und versteht die Angebote von kulturellen Institutionen und Künstler*innen als öffentlichen Raum, in dem die Werte unserer Gesellschaft verhandelt werden. Sozialdemokratische Kulturpolitik ist werteorientiert. Sie sichert die Bedingungen der unbedingten Freiheit von Kunst und Kultur. Diese Freiheit wird zunehmend unter Druck gesetzt. Wir bieten den Künstler*innen und Kreativen ein kulturelles Bündnis an, das einerseits die Kunst und die Vielfalt künstlerischen Arbeitens schützt und andererseits die Strukturen und Räume kultureller Produktion sichert und weiterentwickelt.

Sozialdemokratische Kulturpolitik erhebt den Anspruch, allen Bürger*innen den Zugang zu Kunst und Kultur, unabhängig von Herkunft, Bildung, sozialer Lage und finanziellen Mitteln zu ermöglichen. Ein möglichst flächendeckendes Kulturangebot – offen für alle – ist das Ziel unserer Politik. Wir werden uns mit Nachdruck darum kümmern, dass sich die Kultureinrichtungen weiter öffnen können und

Bemühungen um ein diversitätsorientiertes Audience Development stärken. Wir werden Barrieren senken – auch materielle Barrieren. Wir wollen darüber hinaus die Vielfalt in den kulturellen Einrichtungen mit gezielten Unterstützungsprogrammen stärken, damit nicht nur die Programme und Angebote divers sind, sondern sich die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in den Kulturinstitutionen wiederfindet.

Die Grünen:

Grundsätzlich unterstützen wir GRÜNE kulturelle Angebote, die auf Partizipation und Interaktion angelegt sind. Gerade durch das aktive Mitmachen können Kinder und Jugendliche Empathie und Teamwork einüben. Die Pandemie und ihre Folgen machen den Ausbau entsprechender Programme umso wichtiger, bieten sie doch Auswege aus der während der Corona-Krise gerade Kinder und Jugendliche physisch und psychisch beeinträchtigenden „elektronischen Einsamkeit“ zuhause am Bildschirm an.

Die Linke:

Einen sehr hohen! Die Schließungen von Kultur- und Bildungseinrichtungen im Zuge der COVID-19-Pandemie führte zum Ausfall der meisten Kulturaktivitäten. Die durch die Corona-Krise verursachte Verschärfung von sozialer- und bildungsspezifischer Ungleichheit darf nicht verkannt werden. Mehr denn je werden politische Bemühungen im Bereich der kulturellen Bildung von Nöten sein, um nach der Pandemie bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen sukzessive Teilhabegerechtigkeit zu ermöglichen. Partizipative Tanzkunst-Projekte können Menschen helfen, nach der Zeit der Isolation und "social distancing" wieder zu sich und anderen zu finden und auch an Selbstwert, Selbstwirksamkeit und sozialer Anerkennung zu gewinnen. Tanzformen können selbstverständlich auch eine demokratiefördernde Wirkung entfalten, indem sie politische Dimensionen aufweisen (z.B. Tänze, die sich mit postkolonialen Fragen auseinandersetzen) oder empowern, beispielsweise in Bezug auf die Akzeptanz zum eigenen Körper. Auch kann interdisziplinäre Tanz- und Theaterpädagogik einen wesentlichen Beitrag zu Antidiskriminierungsarbeit leisten sowie Reflexion und Zivilcourage fördern.

CDU/CSU: Die Beantwortung aller 8 Fragen wurde von der CDU/CSU en bloc vorgenommen. Die Gesamtantwort dieser Partei befindet sich unter Frage 8.

FDP:

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Erhöhung des Bundeshaushalts für die nationale und internationale Kulturförderung ein. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Für eine freie Entwicklung brauchen die Künste Förderung, weil sich gerade das Neue und Originelle oft jenseits der selbsttragenden Vermarktung findet. Wir wollen einen Anstieg der institutionellen Förderung zur Stärkung der Institutionen in ihrer Unabhängigkeit. Damit wird Deutschland seiner Rolle als Kulturnation gerecht. Diese Ambitionen dürfen nicht durch die Corona-Krise durchbrochen werden. Wir sehen die Stärke der Kunst- und Kulturszene für den Zusammenhalt und die Entwicklung unserer Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass diese Stärke erhalten bleibt.

- 6. Wie können Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Tanzvermittlung und des partizipativen Tanzes gestärkt werden und Qualifizierungsgänge sowohl für Tanzschaffende als auch für Lehrende und pädagogische Fachkräfte ausgebaut werden?**

Antworten:

SPD:

Die SPD setzt sich für eine verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen durch den Bund ein. Wir konnten bereits mit dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ die Mittel für die Hochschulen in Deutschland deutlich erhöhen. Das schließt selbstverständlich auch die künstlerischen Hochschulen mit ein, damit auch dort die Qualität der Lehre für die Zukunft gesichert wird. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und die Grundfinanzierung der Hochschulen weiter stärken. Darüber hinaus wollen wir Hochschulen auch zu Orten der Weiterbildung und Qualifizierung entwickeln. Dies schließt alle Bereiche wie auch die Tanzpädagogik mit ein.

Die Grünen:

Auch Tanz ist ein wichtiger Forschungsbereich und ein fester Bestandteil der Studienganglandschaft in Deutschland, u. a. beispielsweise in Baden-Württemberg. Die Bundeskompetenz ist hier eingeschränkt, denn die Gestaltung von Lehrinhalten liegt in der Zuständigkeit der Länder bzw. im Verantwortungsbereich der Hochschulen.

Die Linke:

Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Tanzvermittlung und des partizipativen Tanzes können gestärkt werden, indem künstlerische und pädagogische Disziplinen generell aufgewertet, interdisziplinär ausgebaut und präsenter in pädagogischen Curricula werden. Vgl. auch Antwort auf Frage 8.

CDU/CSU: Die Beantwortung aller 8 Fragen wurde von der CDU/CSU en bloc vorgenommen. Die Gesamtantwort dieser Partei befindet sich unter Frage 8.

FDP:

Deutschland ist ein Kulturland. Unsere pluralistische Welt lebt von einer diversen und freien Kulturlandschaft. Wir stehen für eine lebendige Kulturszene und die Entfaltung individueller Kreativität. Wir wollen die Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens sichern und für alle Menschen in unserem Land zugänglich machen.

Die Stärkung von Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Tanzvermittlung setzt allerdings politische Entscheidungen voraus, die im Wesentlichen auf Landesebene zu treffen sind. Die sehr heterogenen Sozialräume, kommunalen Eigenheiten bei Infrastruktur, Angebot und Nachfrage und sehr spezifische Bedarfslagen lassen sich nur unzureichend über einen bundesweit einheitlichen Ansatz befriedigen. Deswegen sehen wir es als geboten, dass der Gestaltungsfreiraum vor Ort ausgedehnt, die vorhandenen Ressourcen genutzt und durch entsprechende Hilfestellungen der übergeordneten Ebenen, ganz im Sinne einer gelebten Subsidiarität, ergänzt werden.

Die Förderung der kulturellen Bildung ist für uns Freie Demokraten ein wichtiges Anliegen. Wir werden unser Engagement für den Bereich der kulturellen Bildung aufrechterhalten. Wir sehen die Stärke der Kunst- und Kulturszene für den Zusammenhalt und die Entwicklung unserer Gesellschaft. Daher setzen wir uns dafür ein, dass diese Stärke erhalten bleibt.

- 7. Durch welche Förderschienen könnte die bundesweite Implementierung von partizipativen künstlerischen Tanzangeboten für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen in allen Regionen erreicht werden, die sich zur Kompensation der Pandemiefolgen eignen und zur Erhöhung der Lebensqualität beitragen?**

Antworten:

SPD:

Die SPD unterstützt die bereits existierenden Förderprogramme wie „Tanzpakt Reconnect“, „Stepping Out“ oder „Dis-Tanzen“, die durch das Programm NEUSTART KULTUR mit 20 Millionen Euro für eine Neuaufstellung der Tanzförderung ausgestattet wurden. Für die kommende Legislaturperiode gilt es nun, dass von den gemeinnützigen Kulturorganisation Diehl+Ritter, Nationales Performance Netz und vom Dachverband Tanz entwickelte Konzept einer koordinierten Bundestanzförderung für eine weitere Umsetzung zu prüfen.

Die Grünen:

Wir GRÜNE verweisen auf die Instrumente und Programmschienen in Antwort 1. Wir setzen uns grundsätzlich dafür ein, dass Kulturangebote im ländlichen Raum gestärkt werden und dass die Tanzkultur auch in der Fläche angemessen präsent ist.

Die Linke:

Für eine verbesserte bundesweite Implementierung von partizipativen künstlerischen Tanzangeboten für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen in allen Regionen sollte u.a. das Bundesprogramm "Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung" mit erhöhten Mitteln - genauer 10 Millionen jährlich mehr - verstetigt werden, damit allen Beteiligten eine dauerhafte Planungssicherheit ermöglicht wird.

CDU/CSU: Die Beantwortung aller 8 Fragen wurde von der CDU/CSU en bloc vorgenommen. Die Gesamtantwort dieser Partei befindet sich unter Frage 8.

FDP:

Während der Pandemie haben die unterschiedlichen Bundesländer Förderprogramme für die Kunst und Kultur aufgesetzt. Es sollte alles dafür getan werden, dass diese Förderprogramme auch tatsächlich vor Ort greifen. Auf Bundesebene wollen wir uns für eine Vereinfachung der Förderanträge und der Förderbedingungen einsetzen.

- 8. Wie werden Sie die Bereitstellung von Fördermitteln forcieren, um die Potenziale des Tanzes für ein gutes und gesundes Leben im Sinne der Public Health-Idee weiter zu erforschen, damit die gewonnenen Erkenntnisse in die Lehre und in die adäquate Gestaltung von Programmen einfließen können?**

Antworten:

SPD:

Die SPD will die Gesundheitsforschung weiter stärken. Wir haben die Verbesserung des Gesundheitssystems zu einer unserer vier Zukunftsmissionen erhoben. Dabei haben wir ein umfassendes Verständnis von Gesundheit, das insbesondere auch die Prävention umfasst. Wir wollen mit einer verstärkten Gesundheitsforschung dazu beitragen, dass hier neue Ideen entwickelt werden können und ihren Weg in die Anwendung finden. Wichtig ist für uns dabei, dass die Vergabe von Fördergeldern nach wissenschaftsgeleiteten Verfahren erfolgt und auf diesem Wege evidenzbasiert ist.

Die Grünen:

Im Rahmen der Gesundheitsforschung des Bundes sollte nach unserer Auffassung auch stärker der Frage nachgegangen werden, inwieweit bestimmte Künstlerische Therapien einen therapeutischen Nutzen entfalten können. Dabei geht es sowohl um Leitlinien und evidenzbasierte Qualitätsstandards als auch darum, evidenzbasierte Anwendungsfelder für solche Therapien zu identifizieren.

Die Linke:

Grundsätzlich setzt sich DIE LINKE für eine soziale, demokratische, offene und inklusive Hochschule und Wissenschaftslandschaft ein. Es bleibt viel zu tun. Inhalte von Lehre und Forschung orientieren sich immer stärker an wirtschaftlicher Verwertbarkeit und Konzerninteressen. Durch die chronische Unterfinanzierung bleibt der Raum für unabhängige und gesellschaftskritische Forschung und Lehre und damit eine wesentliche Funktion von Wissenschaft auf der Strecke. Wir wollen Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung und setzen uns für kritische Wissenschaft und Lehre ein, die im Sinne einer sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und friedlichen Welt eingreift. Dabei spielt auch das gesunde und gute Leben für jede*n eine große Rolle.

CDU/CSU: CDU und CSU werden auch weiterhin die Tanzakteure aufgrund der bewährten Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen stärken.

Laut Verfassung sind die Länder und die Kommunen für die Kultur und Bildung hoheitlich zuständig. Das heißt, dass der Bund in Bezug auf die Förderung der Arbeit der Tanzverbände an strukturelle Grenzen stößt: Der Bund kann begleitend und ergänzend fördern, nicht aber kompensieren. Der Bund kann nur kooperativ und über den Weg der Projektförderung helfen, jedoch den Tanz und seine Einrichtungen nicht institutionell absichern.

CDU und CSU haben in der Vergangenheit und insbesondere im Rahmen des rund eine Milliarde Euro umfassenden Rettungs- und Zukunftsprogramms „Neustart Kultur“ auch die freie professionelle Tanzszene in Deutschland unterstützt. Das Hilfsprogramm in Höhe von 20 Mio. Euro wurde mit den laufenden und neuen Förderinitiativen des Bundes und der Länder so abgestimmt, dass die Programme einander ergänzen, aber Überkompensationen vermieden werden. Gestärkt werden damit Künstlerinnen und Künstler der professionellen Tanzszene, aber auch Produktionsstätten sowie Festivals. Zur weiteren Unterstützung des Tanzes haben wir das Förderprogramm für soloselbständige Tanzschaffende, Förderung für Tanzschulen und Tanzpädagogik in kulturellen Einrichtungen und zur Zukunftssicherung von Tanzstrukturen die Entwicklung, Produktion und Distribution von Tanz in neuen Räumen gefördert.

FDP:

Wir Freie Demokraten setzen uns dabei für eine starke Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig in Deutschland ein. Wir wollen Förderprogramme auch für kleinere Unternehmen und Solo-Selbstständige der Kultur- und Kreativwirtschaft öffnen. Förderanträge wollen wir vereinfachen. Auch Online-Formate wie Livestreams sind Teil einer lebendigen Kreativbranche. Daher wollen wir Online-Livestreams von der Rundfunklizenzpflicht befreien.

Wir Freie Demokraten wollen zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich geförderter Kulturorganisationen in kulturelle Bildung investieren. Das kulturelle (Vermittlungs-) Angebot soll Menschen aller Altersgruppen und unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft offenstehen. Erst kulturelle Bildung öffnet den Zugang zur Kultur für alle.

Wir Freie Demokraten setzen uns zudem für eine Erhöhung des Bundeshaushalts für die nationale und internationale Kulturförderung ein. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Für eine freie Entwicklung brauchen die Künste Förderung, weil sich gerade das Neue und Originelle oft jenseits der selbsttragenden Vermarktung findet. Wir wollen einen Anstieg der institutionellen Förderung zur Stärkung der Institutionen in ihrer Unabhängigkeit. Damit wird Deutschland seiner Rolle als Kulturnation gerecht.